

Info-Brief

Dezember 2016

Flüchtlingsintegration auf dem richtigen Weg?

250 Fachleute der Bildung und Weiterbildung diskutierten in Berlin Möglichkeiten der Integration

Berlin | Es war die zweite Fachveranstaltung in diesem Jahr, die von BBB, bag arbeit, VdP und EFAS* Anfang Dezember zum Thema Flüchtlingsintegration organisiert wurde. Auf ihr sollte Zwischenbilanz gezogen werden. Sie sollte aufzeigen, was bereits geschafft worden ist und wo noch nachgebessert werden muss. Entgegen der Erwartungen der Veranstalter kamen diesmal sogar noch mehr Gäste als beim letzten Mal: Immerhin über 250, es mussten noch zusätzliche Stühle aufgestellt werden.

Die Referatsleiterin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Simone Solka, machte den Aufschlag: Sie berichtete, was an gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden musste, um den jetzigen Stand der Fördermaßnahmen für Geflüchtete überhaupt zu ermöglichen: In unglaublicher Geschwindigkeit mussten Gesetze verändert beziehungsweise überhaupt erst formuliert und dann vom Bundestag beschlossen werden: Das Integrationsgesetz, das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und viele Förderpro-



Mitglieder des Deutschen Bundestages diskutierten die Flüchtlingsfrage: (v.l.) Dr. Rosemarie Hein, Daniela Kolbe, Moderatorin Kirsten Gerhard, Brigitte Pothmer und Kai Whittaker.

gramme, die sozusagen aus dem Nichts in kürzester Zeit implementiert werden mussten, eine eindrucksvolle Bilanz des Ministeriums, die sehr überzeugt und engagiert vorgetragen wurde.

In unglaublicher Geschwindigkeit mussten Gesetze vom Bundestag beschlossen werden.

Regina Jordan, Abteilungsleiterin im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), war schon bei der Januar-Veranstaltung zugegen. Hier konnten ganz deutlich die bisher gemachten Fortschritte aufgezeigt werden, gerade was die Sprachvermittlung betrifft. Regina Jordan machte den kolossalen Paradigmenwechsel in der gesamten Politik deutlich, indem sie darauf hinwies, dass vor drei Jahren die Themen Asyl und Integration noch überhaupt nicht zusammen gedacht worden sind, jetzt geht es um Sprachvermittlung und berufsbezogene Qualifizierung als Voraussetzung zur Integration von Geflüchteten. Dass dabei nicht alle Förderinstrumente optimal

aufeinander abgestimmt sein können, wurde natürlich auch deutlich, aber auch Regina Jordan vermittelte überzeugend ihr unermüdeliches Engagement und ihren großen Einsatz für diese epochale Herausforderung.

Thomas Friedrich, Bereichsleiter Produktentwicklung bei der Bundesagentur für Arbeit (BA), stellte neue Fördermöglichkeiten der Arbeitsverwaltung vor, ebenfalls unter der für alles geltenden Prämisse der

Ermöglichung von nachhaltiger Integration für die hier Angekommenen. Bei seinem Beitrag und in der Diskussion danach wurde deutlich, dass es bei der Umsetzung der Förderprogramme in die Praxis noch massive Probleme gibt. Diese könnten minimiert werden, wenn neue Programme im Vorfeld mit den Trägern, die sie umsetzen, besprochen und abgestimmt würden, hier besteht noch großer Handlungsbedarf.

Dr. Volker Born, Abteilungsleiter beim Zentralverband des Deutschen Handwerks, stellte die Aktivitäten und Programme des Handwerks dar, die in erster Linie auf Integration der jungen Erwachsenen in Ausbildung gerichtet sind – konsistente und erfolgreiche Instrumente.

Beindruckend war in den Diskussionen bei allen Beteiligten eine große Offenheit und ein Bewusstsein dafür, dass keineswegs schon alles auf dem richtigen Weg ist, dass auch die Vielzahl der verschiedenen Programme der unterschiedlichen Akteure Bundesministerien, Bundesagentur, Länder
Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

- Flüchtlingsintegration auf dem richtigen Weg?
- Editorial
- Pro BBB-Weiterbildungsdatenbank
- Deutschland braucht ein Weiterbildungsgesetz
- Ausblick: Was bringt das Jahr 2017?



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zurzeit sind weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Diese Menschen sind nicht überall willkommen und werden selbst in Europa teilweise weiter verfolgt. Das ist kein Ruhmesblatt für unser geeintes Europa. Die Europäische Union stößt - im wahrsten Sinne des Wortes - an ihre Grenzen. Deshalb fordern wir, dass die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern stärker angegangen wird. Einzelstaatliche Interessen müssen überwunden werden. Der europäische Geist muss wieder die Oberhand gewinnen. Nur so können die aktuellen Herausforderungen bestanden werden.

Wir Bildungsexpertinnen und -experten sind bereit, unseren Beitrag zur Integration von geflüchteten Menschen zu leisten. Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir wollen unsere Expertise bei der Entwicklung und Umsetzung von Förderinstrumenten stärker einbringen können als bisher. Schließlich heißt es immer wieder, dass wir Partner der Entscheidungsträger sind. Das klingt zwar gut, entspricht aber nicht der Realität, wenn unser Rat dann doch nicht berücksichtigt wird.

Die Politik und die ausführenden staatlichen Organisationen wären sehr gut beraten, unsere Rolle als Partner ernst zu nehmen und uns nicht nur als Lieferanten mehr oder weniger geeigneter Förderinstrumente zu begreifen.

Der Vorstand des BBB dankt Ihnen allen für Ihr großes Engagement in diesem Jahr.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Lieben eine besinnliche Vorweihnachtszeit, ein friedliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Herzlichst Ihr
Thiemo Fojkar
Vorsitzender des Vorstandes

Pro BBB-Weiterbildungsdatenbank

Wenn der eine sät, ein anderer erntet, dann könnte man von sinnvoller Arbeitsteilung sprechen. Wenn der Sämann, der die Saat allein bezahlt hat, feststellen muss, dass der andere einen zu hohen Anteil am Ertrag erhält, wird er darüber nachdenken, die Ernte allein einzufahren.

Über ein ähnliches Szenario haben 30 Mitglieder des BBB auf einem Workshop zum Thema „Weiterbildungsdatenbank“ im Oktober in Berlin nachgedacht. Denn der oben skizzierte landwirtschaftliche Vergleich ist gar nicht so schräg, wie er auf den ersten Blick scheint. Kommerzielle Datenbanken nutzen ihren Vorteil an Know-how aus, nötigen Bildungsträger, auf ihren Plattformen zu hohen Kosten zu inserieren, verpacken hübsch die Bildungsangebote der Träger und stellen diese ins World Wide Web. Wenn nun bildungshungrige Interessenten auf diese Seiten klicken, um sich zu informieren, schreibt der Computer dieser Datenbank dem Bildungsanbieter eine saftige Rechnung und der muss dann zahlen, weil er sonst gar nicht oder nur schwer an seine Kunden herankommt.

Vergleichbar unbefriedigend ist die Lage etwa für Hoteliers, die mittlerweile bis zu 17 Prozent ihrer Erlöse an Internetportale wie booking.com, trivago.de oder billiger-Hotel.de abliefern müssen. Andere Branchen erleiden ähnliches. Die Geschäftsidee, mit Online-Dienstleistungen Dritter Gewinne zu machen, ist außerordentlich erfolgreich. Die Aktie der Muttergesellschaft von booking.com ist seit 2009 um über 1300 Prozent explosionsartig gestiegen.

Vor diesem Hintergrund ist die Idee naheliegend, dass Träger von Angeboten der beruflichen Aus- und Weiterbildung ihre Kurse und sonstigen Leistungen in einer eigenen Datenbank sammeln und ins Netz stellen. Die Bildungsanbieter tragen zu Beginn gemeinsam die Kosten und profitieren dann gemeinsam vom Ertrag. Ein für jedermann transparentes Organisationsmodell, das sich hier anbietet, wäre eine Genossenschaft. Jedes Unternehmen der Branche zeichnet einen gewissen Anteil und kann so über die Geschäftsziele, den Mitteleinsatz und eine etwaige Gewinnverteilung mitbestimmen. Nebenbei bemerkt: Das Rad muss nicht neu

erfunden werden. Schon heute existieren, zumeist regional verankert oder bei größeren Marktteilnehmern Datenbanken, welche die Suche von Schulungs-Teilnehmern nach dem für sie idealen Fortbildungsangebot erleichtern. Eine Kooperation mit einer bereits existierenden Datenbank ist im Gespräch und könnte helfen, hohe Anlaufkosten zu vermeiden..

KURSNET, die Datenbank der Bundesagentur für Arbeit (BA), schützt Bildungsanbieter zwar derzeit noch, den Datenbank-Piranhas völlig ausgeliefert zu sein. Sollte KURSNET aber einmal entfallen oder kostenpflichtig werden, ist es für die Bildungsanbieter zu spät, Alternativen aufzubauen. Eine Alternative müsste besser und komfortabler als KURSNET sein, und sie muss zeitnah an den Start.

Teilnehmer(innen) des Workshops im Oktober haben dazu viele wichtige Ideen zusammengetragen, u. a. müssten Schnittstellen der Datenbank komfortabler funktionieren als bei KURSNET; sie sollte flexibel für neue Programme/Formate sein, um sie schnell und unkompliziert präsentieren zu können; die Weiterbildungsdatenbank sollte zugleich als Stellenbörse genutzt werden könnten, und last but not least sollten neben Teilnehmer(innen) und Bildungsträgern auch die BA von ihr profitieren können. Es wurde vereinbart, dass die Workshop-Teilnehmer(innen) in ihren Unternehmen für die Idee einer trügereigenen Datenbank werben.

Die weitere Planung sieht vor, dass eine kleine Expertengruppe ein Pflichtenheft und die konkreteren Anforderungen an eine solche Datenbank zusammenstellt. Im ersten Quartal 2017 wird dann innerhalb der BBB-Mitgliedschaft ein Beschluss gefasst – vorher müssen die Organisations-, Kosten- und Finanzierungsfragen geklärt werden, auch muss das Vorhaben mit der Bundesagentur abgestimmt werden - dann kann die Datenbank im zweiten Quartal ans Netz gehen. Ein ehrgeiziger Plan – aber ein notwendiges und dringendes Vorhaben, was die Weiterbildung und unsere Mitglieder nach vorne bringen wird.

*Sigrid Baumann-Tornow, ibb-AG,
Mitglied des BBB-Vorstandes*

Deutschland braucht ein Weiterbildungsgesetz

von Ansgar Klinger

Verfolgt man die bildungspolitische Diskussion, wird schnell deutlich, dass von der Weiterbildung - zu Recht - viel erwartet wird: Sie soll gesellschaftliche Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung sowie des Strukturwandels und der Digitalisierung unterstützen, sie soll Fragen einer älter werdenden Gesellschaft lösen und die Zivilgesellschaft mitentwickeln. Damit die Weiterbildung diese hohen gesellschaftlichen Erwartungen erfüllen kann, muss die Gesellschaft sie hierzu erst einmal in die Lage versetzen. Für die Bildungsgewerkschaft ist klar, dass hierzu ein Bundesgesetz für die Weiterbildung die erforderlichen Rahmenbedingungen sicherstellen muss. Hierzu gehören Regelungen zu Information und Beratung, Lernzeiten und der Finanzierung der Weiterbildung.

Bislang ist noch nicht einmal deutlich, was unter „Weiterbildung“ genau zu verstehen ist. Sie lässt sich in verschiedene Segmente zerlegen, für die jeweils eigene Steuerungslogiken bestehen: Neben der betrieblichen Weiterbildung – sie folgt der Logik unternehmerischen Handelns – ist die außerbetriebliche berufliche Weiterbildung mit jeweils unterschiedlicher Intensität durch eine Vielzahl von Akteuren beeinflusst. Die allgemeine Weiterbildung hingegen folgt in den hierfür zuständigen Bundesländern jeweils anderen Regeln, und die Bundesagentur für Arbeit (BA) organisiert die berufliche Weiterbildung für Arbeitslose. Diese verschiedenen Segmente überschneiden sich teilweise und die Abgrenzungsversuche bleiben oft unklar. Spätestens seitdem die Politik ankündigt, die heutige BA in eine solche für Arbeit und Qualifizierung erweitern zu wollen, wird die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung der Weiterbildung auch in Form einer bundesgesetzlichen Regelung offenkundiger denn je.

Im Vergleich zur Erstausbildung im Dualen System unterliegt die Weiterbildung bislang weniger einer staatlichen Steuerung, sondern ist heute weitgehend dem ökonomischen Prinzip der Markt-

steuerung überlassen. Hatte man noch im Bildungsgesamtplan der 1970er-Jahre die Weiterbildung zur einer vierten Säule des Bildungswesens auszubauen beabsichtigt, wurde sie in den darauf folgenden Jahrzehnten wie kein anderer Zweig des Bildungswesens den Steuerungsprinzipien von Markt und Wettbewerb unterworfen – mit verheerenden Konsequenzen unter anderem ruinösen Wettbewerbs und prekärer Beschäftigungsbedingungen. Gleichzeitig wurde der Aufwand bzw. der Beitrag der öffentlichen Hand zur Weiterbildung deutlich – teilweise bis zur

Die Rahmenbedingungen der Weiterbildung haben sich kontinuierlich verschlechtert.

Unkenntlichkeit – reduziert. Wie für das Bildungswesen im Allgemeinen kam die Föderalismusreform auch für die Weiterbildung im Besonderen erschwerend hinzu, fielen doch in deren Folge ehemals gemeinsam getragene Institutionen wie die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und auch die Bund-Länder-Modellversuche einfach fort; bis heute konnten die Länder diese vom Bund gelassenen Lücken nicht schließen.

Ein Bundesgesetz für die Weiterbildung muss die erforderlichen Rahmenbedingungen sicherstellen.

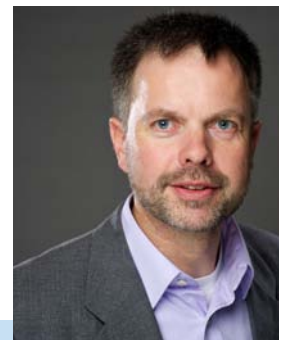
Insgesamt lässt sich also festhalten, dass sich die Rahmenbedingungen der Weiterbildung in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich verschlechtert haben und dies – fast paradox – bei gleichzeitig enorm gestiegenen Erwartungen an die Weiterbildung.

So bedarf die Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung einer neuen Grundlage und diejenige der individuellen Weiterbildung bedarf einer dringenden Erweiterung. Ferner ist die bislang vernachlässigte Weiterbildungsberatung im Sinne eines flächendeckenden Netzes auszubauen. Schließlich bedarf es regionaler

und nationaler Regelungsinstanzen, die eine Kooperation und Koordination der vielfältigen Akteure der Weiterbildung ermöglichen.

Insbesondere die „Digitalisierung“ entwickelt sich zu einer neuen, zusätzlichen Herausforderung für die Weiterbildung, sie hat großen Einfluss auf die Entwicklungschancen der Menschen sowie die Arbeits- und Alltagswelt; das lebenslange Lernen gewinnt in einer digitalen Welt noch einmal mehr an Bedeutung. Deshalb müssen die Menschen die Kompetenzen erwerben, die Digitalisierung zu beherrschen. Dabei geht es um einen ständigen Prozess der Veränderung und die individuelle Fähigkeit, durch achtsame Nutzung der technischen Möglichkeiten, speziell der Informations- und Kommunikationstechnologien, diese sinnvoll einzusetzen. Auch dies spricht für einen klaren bundesweit unterstützenden Rahmen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unternimmt gemeinsam mit Ver.di und der IG Metall Schritte, um die erforderlichen bundesgesetzlichen Regelungen zu realisieren, die auch vom DGB klar eingefordert werden. Uns geht es darum, der Weiterbildung den ihr gebührenden gesellschaftlichen Stellenwert zu verschaffen; als Bildungsgewerkschaft setzen wir uns dafür ein, mit dem öffentlichen Dienst vergleichbare Beschäftigungsverhältnisse zu erreichen – die Weiterbildung hat es längst verdient.



Ansgar Klinger

Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der GEW.
Leiter des Organisationsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung

Ausblick: Was bringt das Jahr 2017?

Berlin | Das nächste Jahr wird mit Sicherheit ein interessantes Jahr – aus mehreren Gründen:

Da wäre natürlich die Bundestagswahl im Herbst – der Bildungsverband wird auf seiner Vorstandsklausur im Januar darüber beraten, welche Forderungen und Wahlprüfsteine an die Parteien zu stellen sind, was die Weiterbildung betrifft. Hier werden von der Politik klare Aussagen erwartet zur digitalen Bildung, zur Weiterbildung allgemein, aber auch zur Arbeitsmarktpolitik und zu den Arbeitsmarktdienstleistungen. Die Verbandsmitglieder wollen wissen, wie im Zeitalter von Digitalisierung und Fachkräftemangel

lebensbegleitendes Lernen besser als bisher gefördert werden soll.

Im Jahr 2017 muss auch die neue Rechtsverordnung zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Mindestlohns in der

Mitgliederversammlung des BBB am 12. Mai 2017 in Hamburg

Aus- und Weiterbildungsbranche nach SGB II und III auf den Weg gebracht werden – ab 1. Januar 2018 muss sie gelten, die Verhandlungen sind und bleiben spannend. Und außerdem sollen die Verhandlungen zu einem Branchentarifvertrag weiter geführt werden.

Der Bildungsverband wird ein wichtiges Jubiläum feiern: zwar sind es nicht 500 Jahre wie bei der Reformation, aber immerhin 15 Jahre, die der BBB jetzt besteht. Weil er in Hamburg gegründet wurde, findet die Jubiläumsfeier auf den Tag genau 15 Jahre nach seiner Gründung auch dort statt: Am 12. Mai 2017. Merken Sie sich das Datum schon mal vor! An diesem Tag wird die Mitgliederversammlung des BBB stattfinden. Es wird auch einen öffentlichen Teil geben, am Vortag findet die Mitgliederversammlung der Zweckgemeinschaft statt, das Ganze mit festlichem Rahmenprogramm.

www

Fortsetzung Seite 1: Flüchtlingsintegration auf dem richtigen Weg?

und Kommunen leicht dazu führt, dass man den Überblick verliert, was die dringende Notwendigkeit weiterer ehrenamtlicher Tätigkeit, aber auch der neu geschaffenen Integrationslotsen, unterstreicht.

Den politischen Aspekt brachte ein Podiumsgespräch zwischen vier Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein, dabei eine arbeitsmarktpolitische und eine bildungspolitische Sprecherin. Spannend waren dabei sehr unterschiedliche Auffassungen über (angeblich) sichere Herkunftsländer, Abschiebungen / Rückführungen von nicht hier Asylberechtigten, aber auch arbeitsmarkt- und bildungspolitische Aspekte der Flüchtlingsintegration.

Die aktive Beteiligung des Publikums durch Fragen und Anmerkungen sorgte für pointierte und zuspitzende Beiträge, was die Veranstaltung inhaltlich bereicherte und neue Aspekte und Fragestellungen brachte.

Nicht zuletzt brachte die Moderatorin, Kirsten Gerhard von der ARD-Tagesschau, die Fragen und Themen immer wieder auf den Punkt und sorgte damit auch für eine rundum gelungene Veranstaltung.

Walter Würfel

*BBB - Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V., bag arbeit - Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V., VdP - Verband Deutscher Privatschulverbände e.V., EFAS - Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V.



Stellte neue Fördermöglichkeiten vor: Thomas Friedrich, Bereichsleiter Produktentwicklung bei der Bundesagentur für Arbeit.



Es mussten gesetzliche Grundlagen geschaffen werden: Simone Solka, Referatsleiterin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



Machte den Paradigmenwechsel in der Politik deutlich: Regina Jordan, Abteilungsleiterin im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

BBB Info-Brief, Dezember 2016

Herausgeber

BBB Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.
Vorsitzender des Vorstandes: Thimo Fojkar
Hannoversche Straße 19a · 10115 Berlin

www.bildungsverband.info

Redaktion

Franz Siebert, Walter Würfel
Telefon 030 20454849
redaktion@bildungsverband.info

Fotos

Rumpfenhorst, Siebert

Druck

GOB-Service · Hamburg

Nächster Redaktionsschluss: 23. Januar 2017